



für ver.di Aktive im OV Saar

Ausgabe 20/24 (Nr.26) am 16.11.24

Ulrike Eifler und Sigi Becker überzeugten

Zeitenwende ist ein Angriff auf uns

„Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg“ so hieß es am 14. November beim Ortsverein Saar. Vorsitzender Rainer Tobae konnte neben Gewerkschaftssekretärin Ulrike Eifler und Liedermacher Sigi Becker im überfüllten Saal 52 Kolleginnen und Kollegen begrüßen.

Sigi Becker spielte zu Beginn, vor der Diskussion und zum Ende der Veranstaltung seine Friedenslieder, die zum Teil dem einen oder der anderen ZuhörerIn schon aus den Tagen der alten Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre bekannt waren. Er wurde mit reichlich Beifall belohnt und musste zum Schluss auch eine Zuga-

be geben.

In seiner Begrüßung nannte Rainer Tobae drei Gründe, warum unser Ortsverein sich besonders in der Frage von Krieg und Frieden engagiere. Da sei erstens die wachsende Kriegsgefahr genannt, insbesondere verschärft durch die Absicht, atomwaffenfähige US-Raketen mit





enormer Reichweite stationieren zu wollen. Zweites brauche die Friedensbewegung dringend die Gewerkschaften, wenn sie Erfolg haben wolle. Drittens würde die enorme Aufrüstung, d.h. die Umsetzung des 2%-Zieles, gar dessen Erhöhung auf 3 % den gewerkschaftlichen Spielraum im Kampf für soziale und gewerkschaftliche Rechte enorm einschränken, wenn nicht sogar unmöglich machen. Die Erzählung, dass es für Kanonen und Butter reichen würde, sei eine Geschichte aus dem Märchenbuch. Ganz im Gegenteil, kein einziges soziales und ökologisches Ziel könne mit dieser enormen Aufrüstung erreicht werden, so der Vorsitzende.

Dem stimmte die Referentin Ulrike Eifler, die mit ihrem sehr klugen und prägnanten Vortrag die Zuhörerinnen und Zuhörer beeindruckte, zu. Ihre Ausführungen umkreisten zwei Thesen. Es handele sich zuerst um eine enorme Eskalation,

um einen Paradigmenwechsel, wobei die Politik immer mehr an Scheu verliere. Die Gefahr sei unvergleichbar größer als Anfang der 80er Jahre. Damals sei die Diskussion im Bündnis geführt worden und es fand auch eine parlamentarische Debatte statt, was jetzt bei der Raketenstationierung verhindert werden soll. Ferner seien damals die diplomatischen Kanäle stets offen gehalten, während heute immer mehr Strukturen gekappt würden.

Zentral müssten wir die Zeitenwende als einen



Angriff auf die Rechte der abhängig Beschäftigten verstehen, so ihre zweite These. Dabei seien vier Hauptangriffe wahrzunehmen. So gerate die Tarifpolitik unter Druck, trotz relativ guter Abschlüsse konnte die Inflation nicht ausgeglichen werden. Selbst die Tariflöhne seien aktuell erst auf dem Wertniveau von 2016.

Zweitens haben wir es mit einem Angriff auf den Sozialstaat zu tun. Es fehle an Geld an allen



Ecken und Kanten, die Rüstung habe das Primat. Friedrich Merz und Christian Lindner sprechen von einer „Agenda 2030“ und das Goebbelzeitat „Kanonen statt Butter“ wird als Aufgabe öffentlich benannt.

Drittens würde die Daseinsvorsorge angegriffen, die Schuldenbremse soll für die Finanzierung der Zeitenwende gelockert werden. Man rechnet mit der Versorgung von täglich 1.000 Verletzten, die in den Krankenhäusern versorgt werden müssten, da bleibt kein Geld für die Versorgung der Bevölkerung oder für eine bessere Ausstattung z.B. der Pflege.



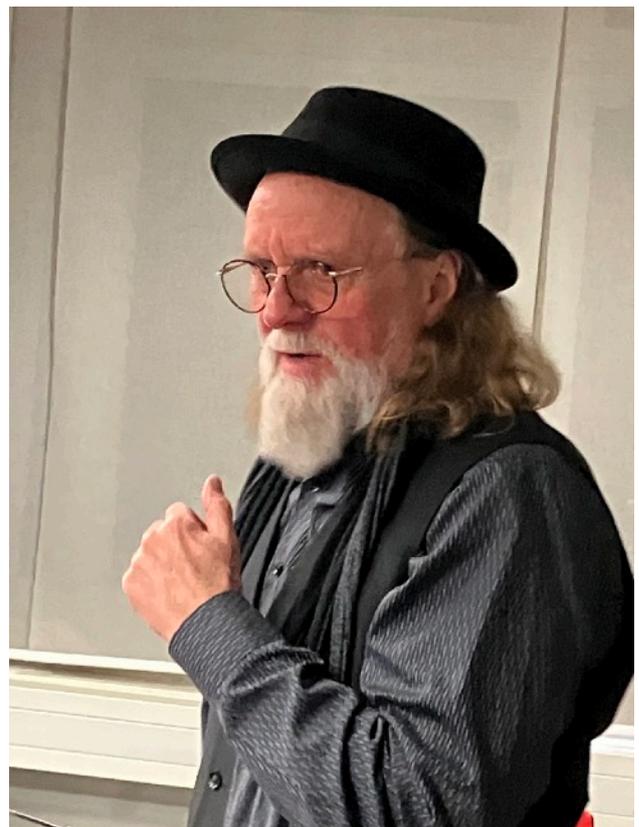
Viertens wird mit der Zeitenwende die ökologische Zerstörung zementiert. Allein ein Eurofighter produziere in einer Stunde Flug mehr CO₂ als ein Mensch im Jahr. In den ersten 60 Tagen des Krieges gegen den Gazastreifen wurde soviel zerstört, dass der Wiederaufbau 30 Millionen Tonnen CO₂ erzeugen wird.

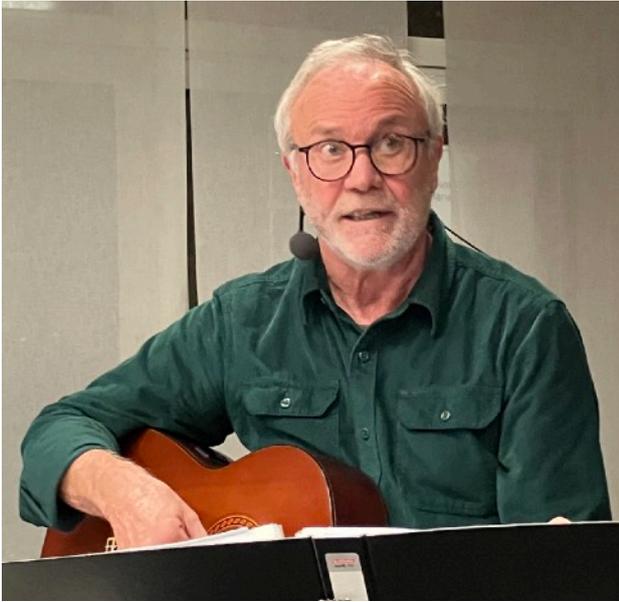
Die Gewerkschaften müssten sich mit der Zeitenwende auf einen Generalangriff auf Demokratie, Mitbestimmung und auf das Streikrecht einstellen, betonte die Referentin und untermauerte ihre These mit aktuellen Beispielen. Darüber müsse debattiert werden und es gehe

darum, sich zu positionieren. Dabei müssten wir Gewerkschafter die Einheit und die Klarheit in ein strategisches Verhältnis bringen. Als Aktionsangebot verwies sie auf den Berliner Appell, den die Anwesenden, - sofern nicht schon vorher geschehen, unterschrieben.

Nach einem „Zwischenspiel“ mit Sigi Becker erlebten wir eine sehr lebhaft, ernste und erfreulich solidarische Diskussion. Es ging um die Bewertung der aktuellen Lage und Überlegungen, welche Aufgaben wir als Gewerkschafter anzupacken haben.

Beispiele wurden genannt, wie wir auf einen zukünftigen Krieg vorbereitet werden. So erregten sich die Diskutanten über die Bundeswehrtüten beim Bäcker auf, Sorgen bereite die Kriegsvorbereitungen im Gesundheitswesen. Bemerkt wurde aber auch, dass es durchaus





nicht so ist, dass alle schon auf dem Weg zur Kriegstüchtigkeit seien. So sei es schon bezeichnet, dass von einer „friedensverwöhnten Generation“ gesprochen würde und enorme Anstrengungen unternommen werden, um schon Schülerinnen und Schüler zu beeinflussen. Problematisiert wurde auch die Forcierung der Rüstung im Saarland und die Sorge, dass man nach dem Niedergang der Industrie nun auf die Rüstung setze. Man müsse das politisch thematisieren und wir müssten lernen, in Widersprüchen zu denken.

Der stellvertretende Geschäftsführer des Bezirks, Christian Umlauf, bedankte sich zum Ende bei der Referentin und den Anwesenden für die sehr spannende Versammlung und empfahl in der Argumentation emotionaler zu werden, schließlich ginge es ja um unsere Kinder, die aus dem Krieg mit Traumata, blind, an Gliedmaßen amputiert, zurückkämen oder im Schützengraben sterben würden.

**Das
Dezembertreffen
des Ortsvereins findet am
Mittwoch,
11.12. um 18 Uhr
im ver.di-Haus statt.
Wir unterhalten uns über
unsere Vorhaben 2025.**

Ulrike Eifler:

Wer Frieden will, muss gegen den Krieg kämpfen!

Unserer Referentin Ulrike Eifler schrieb in der „Zeitung gegen den Krieg“ Nr.58 einen Artikel unter dieser Überschrift, den wir hiermit dokumentieren:

Die große Friedensdemonstration am 3. Oktober und der Berliner Appell zeigen: Die Friedensbewegung rückt zusammen. Wenn der Vorsitzende der SPD-Linken, Jan Dieren, die Theologin Margot Käßmann, der Gewerkschafter Hans-Jürgen Urban, der ehemalige, grüne Staatssekretär Horst Becker, der Kommunist Patrik Köbele, der Linke Gregor Gysi und BSW-Vorsitzende Sahra Wagenknecht unter einem Aufruf stehen, dann ist das ein gutes Zeichen. Getragen wird diese Friedensmanifestation zudem von Hochschullehrern und Kulturschaffenden.

Der Appell ist ein notwendiges Signal, weil wenig wahrscheinlich ist, dass Olaf Scholz und Boris Pistorius die Stationierung einfach absagen werden. Der Grund: Hinter der bilateralen Vereinbarung mit den USA stehen geopolitische Interessen.

Parlamentarische oder politische Diskussionen oder gar die Bedenken der Zivilgesellschaft sind da nur störend. Nicht zufällig also entgegnete Pistorius seinen Kritikern, dass es sich nicht um eine Frage handle, die ins Parlament gehöre.

Als schließlich herauskam, dass die verschiedenen Bundesregierungen mit den verschiedenen US-Regierungen seit 2016 über die Raketenstationierung verhandeln, wurde deutlich: Die Zeitenwende unterspült die Fundamente der Demokratie. Begleitet wird dieser schlechende Prozess der Entdemokratisierung zudem durch diverse Arbeitsgruppen der NATO, in denen die Industrievertreter der NATO-Staaten über die Anforderungen für die Beschaffung von militärischer Ausrüstung beraten.

Vergleichbare Mitbestimmungsrechte für Vertreter der Zivilgesellschaft sind nicht vorgesehen und vermutlich auch nicht erwünscht. Dabei sind sie es, die die Gelder für die umfassende Militarisierung durch Sozialkürzungen aufbringen müssen. Und sie sind es auch, die am Ende das Risiko einer Eskalation tragen werden.

„Wer Frieden will, muss gegen den Krieg kämpfen“, hat der Gewerkschafter Willi Bleicher einmal gesagt. Bilaterale Verabredungen, das Düpieren des Parlamentes, die Vorenthaltung von Mitbestimmungsrechten für die breite Bevölkerung – all das wird nicht automatisch enden, sondern erst, wenn eine relevante Anzahl von Menschen auf der Straße steht und deutlich macht: Wir tolerieren die Kriegsvorbereitungen nicht! Wir halten sie nicht einmal für notwendig.

Klausurtagung des Bezirksvorstandes

Vorhaben beraten

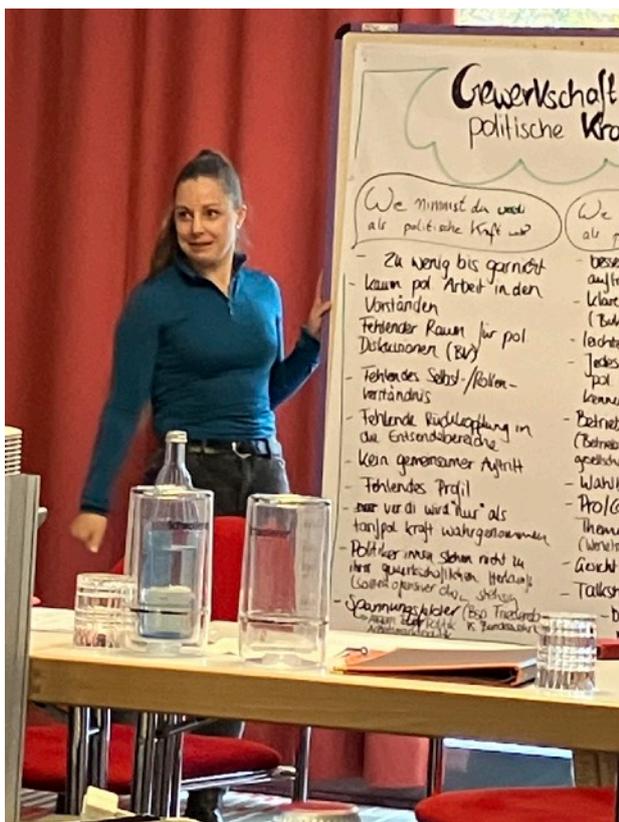
Am 8. und 9. November traf sich der ver.di Bezirksvorstand Region Saar Trier in Wallerfangen zu seiner jährlichen Klausurtagung. Beraten wurden die Arbeitsvorhaben der ver.di für das kommende Jahr und Überlegungen zur Verbesserung der Arbeitsweise wurden diskutiert und beraten. Kollege Christian Umlauf kündigte an, sich als neuer Geschäftsführer bewerben zu wollen.

Gleich zu Beginn der Jahresklausur verabschiedeten die Mitglieder des Bezirksvorstandes ihren langjährigen Geschäftsführer Thomas Müller, der am 1. November eine Abteilungsleitung im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit übernommen hat.

ver.di hat die Stelle schon ausgeschrieben, nach der Bewerbungsfrist wird sich der Vorstand am 23.11. mit den Bewerbungen befassen und dem Bundesvorstand einen Vorschlag unterbreiten. Man hofft ins neue Jahr mit einem neuen Geschäftsführer zu gehen und dann auch die Stelle zur Stellvertretung ausschreiben zu können. Der jetzige Stellvertreter, Kollege Christian Umlauf, bewirbt sich für die Geschäftsführerstelle. Er ist 52 Jahre alt und hat drei Kinder. Er ist seit 15 Jahren bei ver.di und hat dort verschiedene Funktionen ausgeübt. Einen Namen hat er sich insbesondere in den Kämpfen für den ÖPNV und im Arbeitskampf im kommunalen Busverkehr gemacht.



Neben seiner Vorstellung gab er einen ausführlichen gewerkschaftspolitischen Situationsbericht zur aktuellen Lage, die von den Ergebnissen der Wahlen in den USA und der aktuellen Regierungskrise in Deutschland bestimmt sei. Christian geht von sehr großen Herausforderungen für ver.di aus. Als Problemfelder nannte er die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, den Klimawandel und die Gefahr der weiteren Deindustrialisierung. Er verwies auf den gewaltigen Investitionsstau bei Pflege, Bildung



und Infrastruktur. Aktuell würde überall die Industrie wegbrechen, was fraglos auch Auswirkungen auf den Dienstleistungsbereich habe. Als Beispiel nannte er den Personalabbau bei der Arbeitsagentur, obwohl dort mehr Personal nötig wäre. In dieser Situation stünden sehr harte Tarifkämpfe bevor. Trotz sehr hohen Abschlüssen sei es in den vergangenen Kämpfen nicht gelungen, die Inflation voll auszugleichen. Die Arbeit würde immer schwieriger, allerdings würde unsere Arbeit auch immer bedeutender. In diesem Sinne schlug er vor, konkrete Arbeitsvorhaben zu beraten.

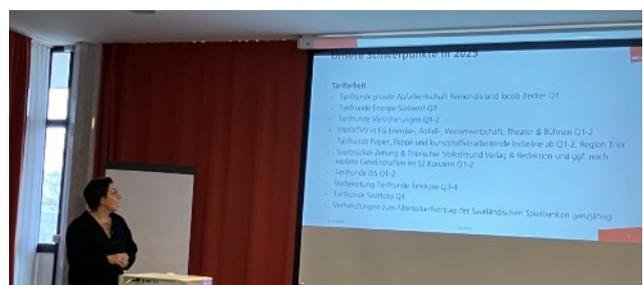
Vorsitzende Susanne Kasztantowicz nahm diesen Vorschlag auf und leitete zu den Ausführungen der Fachbereiche A bis E sowie der Jugend und der Frauen über. Ehrenamt und Hauptamt stellten nun in Kurzbeiträgen ihre Arbeitsvorhaben für das Jahr 2025 vor. Alle Fachbereiche arbeiten mit konkreten Plänen und haben sich Schwerpunkte gegeben. Die Fachbereiche begründeten ausführlich, warum sie so vorgehen, wie sie es beraten haben und der Bezirksvorstand konnte ein buntes Bild voller Aktionen und Aktivitäten zur Kenntnis nehmen. Es zeigt sich, dass die Lage im Dienstleistungsbereich wahrlich nicht unkompliziert ist, aber auch, dass sich die Fachbereiche den Aufgaben auch stellen. Das Gleiche gilt auch für die Jugend und die Frauen, die ihre Vorhaben erklärten. Insbesondere die Kolleginnen des Bezirksfrauenrates boten ausdrücklich ihre Hilfe bei betrieblichen Aktionen an. Sie haben dazu ei-



nen Aktionskoffer entwickelt. Mittels der World Café-Methode befassten sich die Kolleginnen und Kollegen an vier Stellwänden mit den anstehenden Problemen unter der Fragestellung, was man als Bezirksvorstand selbst konkret zu tun gedenkt, um in die Situation einzugreifen. Inhaltlich will man deutlicher als politische Kraft in Erscheinung treten. Die Mitglieder haben da sehr große Erwartungen und waren in der Diskussion sehr kritisch. Es wurden eine Reihe von konkreten Vorschlägen entwickelt. Was man davon konkret anpacken kann, wird der Vorstand in seiner weiteren Arbeit festlegen müssen. Klar ist schon jetzt, dass die Kolleginnen und Kollegen mehr gute Ideen haben als Ressourcen, um all diese Ideen in die Realität umzusetzen. Kollegin Yvonne Fegert von der Arbeitskammer meinte, es wäre toll, wenn wir 2 Prozent der Ideen umsetzen könnten, Moschgan Ebrahimi vom SR-Personalrat wollte etwas ehrgeiziger mindestens 10 Prozent umsetzen. Einig war man sich, dass man am Selbst- und Rollenverständnis arbeiten müsse und wir kritischer einer Stellvertreterpolitik widersprechen sollten und Gewerkschaft als Werkzeug zu be-



greifen haben. Entwickelt wurden eine Reihe von Vorstellungen für Veranstaltungen einschließlich konkreter Verbesserungsvorschläge für den Neujahrsempfang und die Jubilarehrung. Eine konkrete Idee für ein Fest der Kulturen wurde vorgeschlagen, ohne eine konkrete Ausgestaltung festzulegen. Sehr kritisch sieht der Vorstand die Öffentlichkeitsarbeit im Bezirk. Die Fehler und Schwächen waren gleich beschrieben, auch Ideen was getan werden müsse. Die Frage wird nun sein wie denn perspektivisch dafür Ressourcen geschaffen werden können. Diese Ideen zu sortieren und daraus konkrete Handlungen zu machen, wird die Aufgabe der Vorstandstätigkeit sein. Eine Sortierung und Abfolge der zu leistenden Aufgaben mit Realismus angesichts knapper Ressourcen ist keine leichte Aufgabe für die Kolleginnen und Kollegen. Schließlich lag dem Vorstand noch ein Antrag der ver.di-Betriebsgruppe beim SR Senderverband zur Bezuschussung einer konkreten Imagekampagne aus dem Aktions- und Kampagnenfond. Der Vorstand unterstützt einstimmig das Vorhaben mit 2.000 Euro. Unsere beiden Vorstandsmitglieder, Monika Guss und Michael Quetting, äußerten sich positiv über die Klausur. Man habe sich viel vorgenommen und habe dazu eine hohe Motivation.



Nummer 27:

Entlastung erkämpft

Die Kolleginnen der Medizinischen Hochschule Hannover haben gegen erhebliche Widerstände die mittlerweile 27. Vereinbarung für Entlastung durchgesetzt. Diese schreibt für die Stationen und Bereiche jeweils fest, wie viel Personal in den Schichten zur Verfügung stehen muss. Werden die Vorgaben mehrfach nicht erfüllt, erhalten die Betroffenen zusätzliche freie Tage. Erstmals in Deutschland wurde eine solche Entlastungsvereinbarung mit „Strafzoll“ mit der Schuldrechtlichen Vereinbarung 2018 an der Uniklinik in Homburg erreicht.

Neben Pflege- und Funktionsbereichen sind auch viele weitere Beschäftigtengruppen wie Krankentransport und Therapie von den Regelungen in Hannover erfasst.

„Die Bewegung für mehr Personal und Entlastung im Krankenhaus geht weiter. Mit der Eini-



Die erste Mitternachtsdemo im Saarland am 22. Juni 2018 in Homburg: Kampf für Entlastung und mehr Personal am UKS

gung an der Medizinischen Hochschule Hannover haben wir bundesweit nun an insgesamt 27 Kliniken verbindliche Regelungen zur Entlastung durchgesetzt“, erklärte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler.

Es ist schon beeindruckend, was Beschäftigte erreichen können, wenn sie zusammenhalten und sich organisieren.



ZUKUNFT DES STRUKTURWANDELS IM SAARLAND

1. SAARLÄNDISCHE REVIERWENDEKONFERENZ

REVIERWENDE
GEWERKSCHAFTEN GELENKTEN STRUKTURWANDEL

Ein Projekt der GEAAG
Gemeinnützige Gesellschaft des
Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Förderung
von Arbeitsmarktwandel, Arbeitsinhalten und
der Arbeitskraft

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Klimaschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

**TRANSFORMATIONS-
WERKSTATT
SAAR**
HOMBURG SAARBRÜCKEN NEUNKIRCHEN SAARLÄNDISCH VOLKSWAGEN

MONTAG, 25. NOVEMBER 2024, EINLASS: 16:30 UHR
SAARBRÜCKER SCHLOSS, SCHLOSSPLATZ, 66119 SAARBRÜCKEN



**VORTRAG "CHANCEN UND
HERAUSFORDERUNGEN DER
HALBLEITERPRODUKTION IM SAARLAND"**



PROFESSOR DR. ANDREAS BOES
INSTITUT FÜR SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG E. V.
(ISF MÜNCHEN)

MODERATION



KARIN BUTENSCHÖN
WIRTSCHAFTSJOURNALISTIN

OFFENE DISKUSSIONSRUNDE



TIMO AHR
STELLV. VORSITZENDER DGB RHEINLAND-PFALZ / SAARLAND



ELENA YORGOVA-RAMANAUSKAS
STAATSSSEKRETÄRIN FÜR WIRTSCHAFT,
INNOVATION, DIGITALES UND ENERGIE



JÖRG CASPAR
1. BEVOLLMÄCHTIGTER IG METALL NEUNKIRCHEN

Anmeldung:
marco.rupprecht@revierwende.de oder 01590-4347713 oder per QR-Code



11. EGÖD-Kongress:

Resolution zum Krieg in Nahost

Vom 18. bis 20. Juni tagte in Bukarest der Kongress der EPSU (European Public Services Union), also der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst, der über seine etwa 270 Mitgliedsgewerkschaften in 49 Ländern acht Millionen Beschäftigte vertritt. Aus Deutschland sind ver.di und der Marburger Bund Mitgliedsgewerkschaften sowie der Zentralverband deutscher Schornsteinfeger.

Der EGÖD-Kongress, der alle fünf Jahre stattfindet, kam zu einer entscheidenden Zeit. Die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig belastbare und gut finanzierte öffentliche Dienste sind, von Gesundheits- und Sozialdiensten über Katastrophenhilfe, Abfallwirtschaft und kommunalen Diensten bis hin zur öffentlichen Verwaltung. Trotz der zunehmenden Unsicherheit, den Kriegen und des Erstarkens rechtsextremer Parteien in Europa wurde von dem Kongress mit Delegierten aus 43 Ländern ein kämpferisches Aktionsprogramm verabschiedet.

Wirklich kontrovers wurden am Kongress selbst nur noch wenige Punkte diskutiert, darunter eine Resolution zu Israel und Gaza, die nach würdiger Debatte in der Fassung des Exekutiv-ausschusses akzeptiert wurde, und im Aktionsprogramm der Abschnitt über die Energiepolitik,



wo die französischen Gewerkschaften vergeblich eine starke Gewichtung der Atomenergie für die Übergangsphase hin zu einer ökologischen Wirtschaft verlangten. Insgesamt betont das verabschiedete Programm die gewichtige Rolle des Service public beim Übergang zu einer

ökologischen Wirtschaft; es handle sich dabei aber nicht bloss um einen „Green Deal“; notwendig sei auch die Farbe Rot – eine sozial faire Ausgestaltung der Dekarbonisierung, bei der niemand auf der Strecke bleibt. Ähnliches verlangen die Service-public-Gewerkschaften mit Bezug auf die Digitalisierung: Es darf nicht geschehen, dass die Arbeitswelt damit in Siegerinnen und Verliererinnen gespalten wird, vielmehr müsse man auf dem Weg in eine - weiterhin von Menschen gestaltete - digitale Zukunft alle mitnehmen.

Auch im Kampf gegen das Erstarken rechtsnationaler und rechtsextremer Parteien und Strömungen sieht der EGÖD die Antwort in der Partizipation, in guten und abgesicherten Jobs mit Perspektiven, in Gleichstellung und Schutz vor



Diskriminierung und im sozialen Dialog. Starke, gut ausgestattete öffentliche Dienste seien, so sagte es der wiedergewählte Generalsekretär Jan Willem Goudriaan, „das Rückgrat einer fairen und gerechten Gesellschaft, einer Gesellschaft, die den Menschen und den Planeten als wichtiger ansieht als Unternehmensprofite“. Auch die neu gewählte Präsidentin, Françoise Geng von der französischen Gewerkschaft CGT als Nachfolgerin der Norwegerin Mette Nord, arbeitet an dieser Agenda und will dabei der Stellung und den Rechten der Frauen Priorität einräumen.

Wir dokumentieren hier die zehn Punkte umfassende Resolution zum Krieg in Nahost. Diese Resolution macht keinen Unterschied zwischen den Opfern, wie wir es aus Politik und Medien in Deutschland kennen. Hier der Text:

1. Der EGÖD-Kongress fordert ein Ende aller Gewalt und die Verhandlung eines dauerhaften Friedens. Der Kongress spricht allen Menschen sein tiefes Beileid aus, die aufgrund des aktuellen Konflikts zwischen Israel und Palästina Verluste erlitten haben und Leid erfahren, und erklärt sich mit ihnen solidarisch. Als Beschäftigte



im öffentlichen Dienst haben wir die Aufgabe, Menschen zu unterstützen, die grundlegende Menschenrechte für sich in Anspruch nehmen wollen. Wir fordern alle Akteure auf, an unserer Seite zu stehen und sich für grundlegende Menschenrechte für alle Menschen einzusetzen.

2. Der aktuelle Konflikt wurde am 7. Oktober 2023 durch den brutalen und unmenschlichen Angriff der Hamas auf die Zivilbevölkerung in Israel ausgelöst. In der Folge hat es in der israelischen Bevölkerung mehr als eintausend Tote und noch viel mehr Verletzte gegeben. Mehr als 200 Menschen wurden als Geiseln genommen. Nichts kann diesen Angriff rechtfertigen und wir wiederholen unsere Forderung nach der sofortigen und bedingungslosen Freilassung aller Geiseln.

3. Allerdings ist Israels militärische Antwort auf diesen Angriff unverhältnismäßig und ist zu verurteilen. Nach einem Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom 8. Mai wurden mehr als 35.000 Menschen, zum größten Teil Palästinenser und Palästinenserinnen, im Krieg zwischen der Hamas und Israel getötet (darunter Hunderte von Beschäftigten im Gesundheitswesen und Mitarbeiter/-innen humanitärer Hilfswerke, davon 179 Beschäftigte des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten – UNRWA). Es hat noch mehr Verletzte gegeben, und viele Familien sind zu Binnenvertriebenen geworden. Die Angriffe im Gazastreifen haben öffentliche Dienste fast zum Erliegen gebracht und lebenswichtige Infrastrukturen wie Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen zerstört. Eine große Zahl von Kindern, Frauen und Männern haben keinen oder nur einen eingeschränkten Zugang zu Wasser, Nahrungsmitteln, Strom, Unterkünften, Gesundheitsversorgung und sonstiger Unterstützung. Die Beschäf-

tigten im öffentlichen Dienst sind nicht in der Lage, ihren Auftrag auszuführen. Wir erleben eine große humanitäre Krise, die eine eindeutiger Verletzung des internationalen Rechts und unserer gemeinsamen Werte darstellt. Hunger und Elend in Palästina nehmen täglich zu, dies betrifft besonders Kinder und besonders vulnerable Menschen.

4. Wie von der Gewerkschaftsbewegung wiederholt gefordert, muss das vorrangige Ziel aller an dem aktuellen Konflikt beteiligten Parteien und ihrer Unterstützer die schnellstmögliche Beendigung der Kämpfe sein. Aus diesem Grund glauben wir, dass die internationale Gemeinschaft alle Mittel mobilisieren muss, um diesen Konflikt zu beenden, die Freilassung der noch in der Gewalt der Hamas befindlichen Geiseln zu erwirken, die Blockade des Gazastreifens aufzuheben und Menschenrechte für die palästinensische Bevölkerung durchzusetzen. Wir fordern die Freilassung palästinensischer Zivilpersonen, die aus politischen Gründen in israelischen Gefängnissen inhaftiert sind. Wir erinnern daran, dass die Genfer Konvention von 1864 und ihre Zusatzprotokolle Normen für den Mindestschutz von Personen und für ihre humane Behandlung sowie grundlegende Garantien für die Achtung von Individuen, die Opfer bewaffneter Konflikte werden, und die Einhaltung dieser Vorschriften vorsehen.

5. Wir fordern die vollständige Umsetzung der sechs provisorischen Sofortmaßnahmen, die der Internationale Gerichtshof (IGH) am 26. Januar als Antwort auf den Antrag Südafrikas vom 29. Dezember 2023 angeordnet hat, Israel wegen des Verbrechens des Genozids in Gaza und somit wegen des Verstoßes gegen die Völkermordkonvention von 1948 zu verklagen. Mit diesen sechs Sofortmaßnahmen ordnet der IGH – und implizit auch die internationale Gemeinschaft – an, dass Israel alle in seiner Macht ste-



henden Mittel einsetzt, um genozidale Handlungen zu verhindern einschließlich der Verhinderung und Bestrafung der Aufstachelung zum Völkermord. Israel muss weiterhin sicherstellen, dass die grundlegende Versorgung für die unter der Belagerung in Gaza lebenden Menschen möglich ist und dass mögliche Beweise für Verbrechen in Gaza nicht zerstört werden.

Entsprechend einem Urteil des Internationalen Gerichtshofs muss gegen die israelische Regierung jeder denkbare internationale Druck ausgeübt werden, um Forderungen nach Frieden durchzusetzen. Wir unterstützen friedliche Proteste und verurteilen Versuche, eine demokratische Mobilisierung zum Schweigen zu bringen.

6. Wir erkennen an, dass die Politik der israelischen Regierungen während der vergangenen Jahrzehnte (gut nachvollziehbar anhand der rücksichtslosen Erweiterung illegaler israelischer Siedlungen auf palästinensischem Gebiet) ein unbestreitbarer Faktor der derzeitigen furchtbaren Situation ist. Der Kongress bekräftigt die seit langer Zeit erhobenen Forderungen nach einem verhandelten Abkommen zwischen Israel und Palästina, das im Ergebnis zu einer Zweistaatenlösung und zu einem lebensfähigen palästinensischen Staat an der Seite eines sicheren israelischen Staates führen wird.

7. Die Europäische Union (WEU) und die internationale Gemeinschaft müssen all ihren Einfluss geltend machen, damit die entsprechenden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, mit denen eine solche Lösung erreicht werden kann, umgesetzt werden. Wir fordern eine verbindliche Roadmap unter Aufsicht der Vereinten Nationen mit eindeutigen Ziel- und Zeitvorgaben für die zu erreichenden Fortschritte. Dazu gehört auch die Aufgabe der illegalen israelischen Siedlungen und der Rückzug aus den besetzten palästinensischen Gebieten. Der EGB sollte sich bei den Institutionen der EU dafür einsetzen, einen vergleichbaren Aktionsplan anzunehmen.

8. Der Kongress unterstützt die Forderung des EGB nach Regulierungsmaßnahmen, die juristischen Personen aus der EU den Import von Produkten, die aus den illegalen Siedlungen in den besetzten Gebieten stammen, genauso verbieten wie den Export von Produkten in diese Gebiete. Es sollten ebenfalls Handelssanktionen und andere Sanktionen einschließlich der Aussetzung der Handelsbeziehungen in Erwägung gezogen werden. Der Kongress greift ebenfalls Forderungen auf, dass EU-Mitgliedstaaten und andere Staaten, die Palästina nicht als Staat anerkennen, dies unverzüglich nachzuholen. Es wird begrüßt, dass einige EU-Mitgliedstaaten signalisiert haben, dieser Forderung nachzukommen.

9. Als Gewerkschaften, die dem Frieden und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet sind,

müssen wir unseren Beitrag zur Unterstützung von Initiativen leisten, die diesen Konflikt lösen können und der Region einen langfristigen Frieden bringen. Die Militärausgaben im Nahen Osten sind 2023 um 9,0 % auf \$ 200 Milliarden im Jahre 2023 gestiegen. Das war die höchste jährliche Ausgabensteigerung in der Region in den vergangenen zehn Jahren. Öffentliche Mittel sollten für Investitionen in den Wiederaufbau und für die Sicherung von Frieden und sozialer Gerechtigkeit verwendet werden.

Es liegt in der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, friedliche Beziehungen zwischen den Ländern zu fördern, anstatt die Expansion der Rüstungsindustrie zu unterstützen, auf der Einhaltung gemeinsam beschlossener Regeln zu bestehen und diplomatische Lösungen zu verfolgen, um Kriege und bewaffnete Konflikte zu vermeiden. Es ist zwingend erforderlich, dass wir die Rückkehr zu permanenten und globalen Konflikten vermeiden. Die EU muss hier ihrer Aufgabe gerecht werden.



10. Die Gewerkschaftsbewegung verurteilt die weltweit zu beobachtende Eskalation von Antisemitismus und Islamophobie. Wir sind strikt gegen Krieg, Gewalt und alle Formen der Diskriminierung. Wir werden wachsam sein und jede Form von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus ablehnen, die durch den Konflikt verstärkt werden können. Wir leisten Widerstand gegen diejenigen, die diese Ereignisse zum Vorwand nehmen, um die Spaltung zwischen Völkern immer weiter voranzutreiben. Wir erklären uns solidarisch mit allen Arbeitnehmer/-innen und wiederholen unsere Forderungen nach Frieden und Gerechtigkeit für alle. Der EGÖD fordert seine Mitglieder und andere Gewerkschaften auf, einen Beitrag zum Solidaritätsfonds der IÖD zu leisten. Dieser Fonds wird kurzfristig dazu verwendet, humanitäre Aktionen international anerkannter humanitärer Organisationen in Gaza zu unterstützen; langfristig werden die Mittel dazu verwendet, die Menschen im Einsatz an vorderster Front dabei zu unterstützen, ihr Existenz und ihre Gemeinschaften wiederaufzubauen; sowie die Funktionsfähigkeit der drei IÖD-Mitgliedsorganisationen in Gaza und im Westjordanland wiederherzustellen, die Arbeitskräfte in Gesundheitsdiensten, in den Kommunen und im öffentlichen Sektor allgemein organisieren.